Der Nah-Ost-Konflikt von Tel Aviv aus gesehen

Autor(en): **Herzka, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-141719

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der Nah-Ost-Konflikt von Tel Aviv aus gesehen

Liebe Freunde,

In dem Israel-Abschnitt der Weltrundschau (Januarheft der N.W.) werden gegen die Staatsführung eine Reihe von Vorwürfen erhoben. Ich möchte mir erlauben, einiges dazu zu bemerken, ohne andere Legitimation als dass ich hier im Lande lebe und daher manches aus der Nähe sehe.

Die «harten militärischen Gegenschläge» zum Beispiel:

Von unseren Bekannten in den Grenzkibuzzim hören wir von deren schwerem Leben, dem andauernden Wachedienst, dem Laufen in die Bunker sobald eine Beschiessung beginnt, auch des Nachts natürlich, von ihrer dauernden Angst. Sie *fordern* von unserem Militär, dass es ihnen Ruhe verschaffe. Kann es sich dem versagen? Etwa mit dem Argument, es verhärte das die Gegenseite und führe in eine «politische Sackgasse»? Das gilt von der jordanisch-syrischen Front. An der ägyptischen haben nicht wir das Feuereinstellungs-Abkommen gebrochen, sondern Ägypten. Nach offizieller Erklärung unsererseits dieser Tage, würden unsere Angriffe sofort eingestellt, sobald auch Ägypten sich an die Feuereinstellung hält.

Die Schnellbootaffäre mag ein Fehler gewesen sein. Aber ist es nicht unwahrscheinlich, dass eine Grossmacht wie Frankreich sich in den grossen Linien ihrer Politik durch ein freches Husarenstück bestimmen lässt? War dieses nicht eher nur der *Anlass,* mit einer Politik fortzufahren, die sich schon bei Kriegsausbruch ankündigte? Ich erinnere an die Forderung de Gaulle's «macht keinen Krieg» – während er doch schon da war, indem Ägyptens Panzer anrollten.

Dass wir nicht bereit gewesen wären, Perspektiven zu nützen, die sich aus dem Scheitern der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat ergeben hätten; dass wir gleichgültig wären gegenüber der Weltmeinung; dass wir auf noch so konstruktive Kritik empfindlich reagierten – zu alledem kann ich persönlich nichts sagen, weil mir konkrete Unterlagen nicht zu Gebote stehen. Darum wäre ich dankbar gewesen, sie im Artikel zu finden. Denn ich frage mich: welche Kritik, welche Ratschläge, welche Handlungen unserseits wären denn überhaupt imstande, das unselig zwangshafte der Situation hier zu ändern?

Das Referat klingt aus in die düstere Prognose eines vierten arabisch-israelischen Krieges. «Israel mag ihn wieder militärisch gewinnen, aber politisch käme er einer neuen Niederlage gleich. Israel kann sich dann, unter dem Beifall der bundesdeutschen Springerpresse, im Nahen Osten zu Tode siegen.»

Ich war nach diesen Sätzen sehr deprimiert. Einmal, weil sie eine zwar jetzt noch entfernte, aber reale Gefahr aufzeigen. Zum andern weil es scheinen könnte, so im Anschluss an dieses Referat ausgesprochen, dass diese Gefahr nur durch unsere eigene Schuld herbeigeführt würde. Indes ist das gewiss nicht die Meinung des Autors. Er gab doch im Dezemberheft seine klare Analyse der *wesentlichen* Ursachen für diesen Teufelskreis. Und die Vorwürfe diesmal an uns müssen im Zusammenhang mit jenen gesehen werden: Al Fatah's Wettkampf mit den Ägyptern um eine Intensivierung des militäri-

schen Kampfes, die Sabtoagetätigkeit, der Aufstieg von Al Fatah zur faktischen Herrin in Jordanien und weitgehend auch im Libanon. Vor allem aber die russische Politik:

> «Die UdSSR praktiziert also einen zynischen Opportunismus mit ihrer klassischen Machtpolitik im Nahen Osten und im Mittelmeer, während sich Israel im wesentlichen nur noch auf das durch Vietnam rettungslos diskreditierte Amerika stützen kann. Im Nahen Osten scheinen die Sowjets die für sie günstige Situation hemmungslos auszunützen, ohne Rücksicht auf das Schicksal von Israel.»

Hier, bei Russland, liegt der entscheidende Schlüssel zur Situation im Nahen Osten. Gibt es einen Ausweg? Er kann nur in einer Einflussnahme auf die russische Politik bestehen und müsste darum von der Linken selber kommen.

Vielleicht bietet der Vorschlag einer sehr links stehenden jüdischen Gruppe einen Ansatz dazu. Er sei deshalb auszugsweise hier angeführt. (Ich entnehme ihn deren Flugblatt vom Dezember)

Nach einer scharfen Kritik an dem Rechtsruck nach den Wahlen an den geplanten kollektiven Strafsanktionen usw. wird dort gesagt:

> «Auf der anderen Seite muss gesagt werden – und wir fühlen uns dazu besonders berufen –, dass die politische und moralische Unterstützung der «Al Fatah», wie sie unter der alten und neuen Linken Mode geworden ist, zum Ausbruch eines neuen Krieges in Nahost beiträgt. Denn wenn man die politischen Ziele der «Al Fatah» bejaht, so gibt man damit grünes Licht für diejenigen dunklen Kräfte, die weniger am Kampf gegen den Imperialismus als an der Zerstörung des Staates Israel interessiert sind... Solange die arabischen Staaten und wer immer, die Ziele der «Al Fatah» anerkennen, den Bandenkrieg gegen die Zivilbevölkerung unterstützen, muss man Israel das Recht auf Selbstverteidigung zuerkennen, wie dies auch die Charta der Vereinten Nationen vorsieht.»

Und unter der Überschrift «Garantien für die Existenz des Staates Israel»:

> «Aus dieser Sackgasse gibt es nur einen Ausweg: Die arabischen Führer müssen von den Grossmächten dazu gebracht werden, die Existenz des Staates Israel in völkerrechtlich verbindlicher Form anzuerkennen. Solange sie sich um diesen entscheidenden Punkt herumdrücken, wird es keinen Frieden geben. Wir haben bereits ausgeführt, und wir stehen auch heute zu unserer Erklärung: «Ein Rückzug der israelischen Truppen ohne Garantie sicherer und anerkannter Grenzen im Sinne der UNO-Resolution würde nicht den Frieden bringen, sondern die Gefahr eines neuen, noch furchtbareren Krieges heraufbeschwören, in dem es um die staatliche Existenz Israels und um die physische Existenz seiner jüdischen Bewohner ginge.»

Es ist eine wichtige Aufgabe der Publizistik, soweit sie kann mitzuhelfen, dass es dazu nicht kommt!

Hans Herzka